

Wirtschaftliche Auswirkungen russischer Reaktionen auf die NATO-Osterweiterung

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1996). *Wirtschaftliche Auswirkungen russischer Reaktionen auf die NATO-Osterweiterung*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 63/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46597>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wirtschaftliche Auswirkungen russischer Reaktionen auf die NATO-Osterweiterung

Zusammenfassung

Obwohl in Rußland weithin akzeptiert wird, daß die Sicherheit des Landes von einer Nato-Osterweiterung (im folgenden: NOE) nicht bedroht wird, bewerten sowohl Politiker als auch Stimmen aus dem wissenschaftlichen Bereich Rußlands diese als Verletzung der Interessen des Landes. Der Hauptgrund dafür ist, daß Rußland sich durch die NOE aus dem angesehensten Bündnis der westlichen Welt ausgeschlossen und militärpolitisch isoliert sieht.

Mäßigende russische Analytiker warnen vor einer Verschärfung des außenpolitischen Kurses Rußlands gegenüber dem Westen und vor allem vor Absichten einer nuklearen Aufrüstung sowie des Abrückens von Abrüstungsvereinbarungen. Dagegen bringt der russische Minister für Atomenergie Michajlow gerade diese Variante einer russischen Reaktion auf die NOE in die Debatte ein. Dahinter steht der Versuch, die Interessen des russischen militärisch-industriellen Komplexes (MIK) mit der Sicherheitsdebatte zu verknüpfen, was aber den wachstumspolitischen Absichten der Regierung Tschernomyrdin diametral entgegensteht. Die NOE ist gleichzeitig Wasser auf die Mühlen derjenigen in Rußland, die statt einer Westorientierung eine strategische Allianz mit China fordern, und damit der russischen Wirtschaft und insbesondere der Rüstungsindustrie vermehrte Aufträge verschaffen wollen.

Die Wahrnehmung der NOE als Verletzung russischer Interessen

Abgesehen von früheren schrillen und unbedachten Äußerungen einzelner russischer Politiker (z.B. Lebed), die offenbar den Westen von der NOE abschrecken sollten, werden mit der Einsicht, daß die NOE nicht mehr aufzuhalten ist, auch die russischen Reaktionen differenzierter diskutiert: Gemäßigte, dem Westen gegenüber aufgeschlossene russische Analytiker gehen zwar eindeutig von einer Verletzung russischer Interessen aus, warnen jedoch vor einer neuen Konfrontation (einem "kleinen kalten Krieg") mit dem Westen. Ebenso dürfe Rußland die Bedeutung taktischer Nuklearwaffen keinesfalls "wiederentdecken" oder mit der Nichtratifizierung von Abrüstungsverträgen drohen. Auch dürfe Rußland keine Ressourcen in eine Verteidigung seiner Westgrenze leiten, da eine entsprechende Bedrohung nicht existiere. Statt dessen müsse Rußland die

NOE als Problem peripherer Bedeutung einstufen und seine Aufmerksamkeit auf die Ausweitung der direkten Zusammenarbeit mit der NATO konzentrieren.¹

Allerdings gibt es aber auch russische Stimmen, die derlei Warnungen außer acht lassen und trotz gegenteiliger Versicherungen einen Weg der Konfrontation mit dem Westen skizzieren. Zu ihnen gehört der russische Minister für Atomenergie Michajlow, der zusammen mit zwei Koautoren zur NOE Stellung nahm und dabei weniger sein Verständnis für außenpolitische Zusammenhänge, als seine Nähe zu den Interessen des russischen "militärisch-industriellen Komplexes" offenbart, aus dem er kommt.²

Wiktor Nikitowitsch Michajlow wurde 1934 in Moskau geboren. Er besuchte das Moskauer Ingenieur-physikalische Institut und begann 1957 seine berufliche Laufbahn als Ingenieur im Atomforschungszentrum Arsamas 16 im Gebiet Gorki (heute Gebiet Nishni-Nowgorod). Er brachte es dort zum Direktor des Forschungsinstituts für Impulstechnik. Von 1988 bis 1990 war er Stellvertreter des Ministers für "mittleren Maschinenbau", eines der sowjetischen Rüstungsministerien, dann bis 1992 Stellvertreter des Ministers für Atomenergie und Atomindustrie. Seit 1992 ist er Minister für Atomenergie.

Igor Andrjuschin und **Aleksandr Tschernyschew** sind leitende Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Experimentalphysik in Arsamas 16, an dem Michajlow tätig war.

Mögliche russische Reaktionen gegen die NOE

Wenn die NOE die Interessen Rußlands ignoriert oder wenn sie eine "antirussische Ausrichtung" erkennen läßt, sollten nach Auffassung Michajlows und seiner Koautoren folgende wirtschaftliche und militärische Gegenmaßnahmen getroffen werden:

- Arbeitsfähige Mitglieder der russischsprachigen Bevölkerungsteile der ehemaligen Sowjetrepubliken, vor allem aus dem Baltikum, aus dem Transkaukasus sowie aus Mittelasien, sollen zur Einwanderung nach Rußland bewegt werden. Motiv könnte sein, daß durch eine Rückführung von Spezialisten aus dem "nahen Ausland" die Verluste ausgeglichen werden sollen, die durch den "Brain drain" in Rußland entstanden sind. Eine andere Erklärung wäre, daß Rußland das Rüstungspotential von GUS-Staaten schwächen möchte, deren Bündnistreue es sich nicht sicher ist.
- Rohstoffexporte in die neuen Beitrittsländer der NATO sollen begrenzt bzw. eingestellt werden. Ein derartiger Schritt (der diese Länder wegen der leicht möglichen Umorientierung auf westliche Lieferanten höchstens vorübergehend treffen würde) stände in Gegensatz zu den propagierten Absichten Rußlands zur Anpassung an internationale Gepflogenheiten im Welthandel. Entsprechende negative Rückwirkungen wären zu erwarten.
- Das Atomwaffenarsenal Rußlands soll vergrößert und für eine militärische Auseinandersetzung in Europa aufgerüstet werden. Bei "ungünstiger Entwicklung" der Dinge sollen die Raketenysteme vom Typ "Pionier" und "Oka", die gemäß dem Vertrag von 1987 zur Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen liquidiert wurden, wieder aufgebaut werden. Außerdem soll eine neue Generation atomarer Gefechtsfeldwaffen (Kurzstreckenraketen, Artillerie, Flugzeugabwehrsysteme) im Umfang von 10.000 Sprengköpfen geschaffen werden.³

¹ Dmitri Trenin, Die Vermeidung einer neuen Konfrontation mit der NATO, in: Nato Brief, Mai 1966, S. 17-20, hier S. 19; Aleksandr Kononov/Sergej Kortunov/Sergej Oznobišev, Rossija i NATO: Vremja diskussij končilos', pora perechodit' k praktičeskoj politike (Rußland und die NATO: Die Zeit der Diskussionen ist vorüber, es ist nun Zeit zur praktischen Politik überzugehen), in: Nezavisimaja gazeta, 1.10.1996, S. 1 und 4.

² Viktor Michajlow/Igor' Andrjušin/Aleksandr Černyšev, Rassirenje NATO i bezopasnost' Rossii (Die Erweiterung der NATO und die Sicherheit Rußlands), in: Vek, 20.-26.9.1996 (37/1996), S. 5.

- Man brauche sich nicht mit der Ratifizierung des START-2-Vertrages sowie der bereits vertraglich festgelegten Vernichtung der Waffensysteme beeilen, mit Ausnahme derjenigen Systeme, die ohnehin außer Dienst gestellt werden müßten.

Insgesamt komme für Rußland in näherer Zukunft die weitere nukleare Abrüstung nicht in Frage, wenn es gegenüber einer Änderung der Haltung des Westens nicht schutzlos dastehen solle. Die Autoren meinen: "Rußland kann Schritte unternehmen, die die Kernwaffen aus ihrer Klassifikation als Massenvernichtungswaffen befreien (sie gleichsam salonfähig machen, R. G.), und es kann die Schwelle der atomaren Bedrohung senken."

Bewertet man die vorgeschlagenen Reaktionen, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Eine (im übrigen wirkungslose) Einschränkung der Rohstoffexporte in die neuen Mitgliedsstaaten der NATO dürfte Rußland ebensowenig wesentliche wirtschaftliche Vorteile bringen wie der Zuzug von Arbeitskräften aus einigen ehemaligen Sowjetrepubliken. In Wirklichkeit wird die NOE nur zum Anlaß genommen, Stimmung für eine militärische (insbesondere nukleare) Aufrüstung in Rußland zu erzeugen. Hintergrund einer derartigen Einstellung sind in erster Linie die Interessen des MIK, der um sein wirtschaftliches Überleben kämpft.⁴ Allerdings muß man auch davon ausgehen, daß derartige Absichten in Rußland auf fruchtbaren Boden fallen, weil im russischen Militär die NATO trotz aller gegenteiligen Beteuerungen immer noch als potentieller Gegner betrachtet wird, und dies mit oder ohne NOE.⁵

Die Argumentation gegen die NOE als Lobbyismus für den MIK und seine wirtschaftlichen Folgen für Rußland

Der rationale Kern der Vorschläge der Autoren besteht bei genauerem Hinsehen in der Forderung, die staatlichen Mittel wieder wie zu sowjetischen Zeiten vorzugsweise an den MIK auszuschütten. Die NOE wird so unter anderem zu einem Argument in der innerrussischen Debatte um die Gestaltung des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses. Dies entspricht der neuen Rolle von Interessengruppen in der russischen innenpolitischen Landschaft: Während früher Pressure-groups mehr oder weniger im Verborgenen agierten, müssen sie unter heutigen Bedingungen in der Öffentlichkeit für ihre Ziele werben.⁶ Eine Kursänderung zu Gunsten des MIK liegt auch ganz auf der Linie der Vorstellungen des wirtschaftspolitischen Beraters Lebeds, S. Glasjew. Dieser argumentiert zwar von einer anderen Ausgangsbasis aus, kommt aber im wesentlichen zum selben Resultat.⁷

Die russische Rüstungsquote (Anteil der Rüstungsausgaben am BIP) dürfte gegenwärtig bei etwa 10% liegen. Dies ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der realen Rüstungsausgaben von rund 50-70 Mrd. \$ zum russischen BIP, das 1996 rund 650 Mrd. \$ beträgt.⁸ Eine derart hohe Rüstungsquote

³ In diesem Zusammenhang ergeht sich Michajlow in einer erstaunlichen Verharmlosung der Wirkungen atomarer Waffen kleinerer Kapazität: "Die Anwendung derartiger Waffen erlaubt die Vermeidung ernsthafter radioaktiver Folgen und erhöht die Effektivität der Bewaffnung der Streitkräfte." Schon früher war er durch seine nonchalante Haltung gegenüber den Risiken der Kernenergie aufgefallen, die allerdings für Angehörige seiner Wissenschaftlergeneration in Rußland typisch ist: "Eine Katastrophe wie die in Tschernobyl wird sich nicht wiederholen ... Manchmal denke ich auch, ich mache etwas falsch. Radioaktivität ist etwas sehr Gefährliches. Aber Opfer sind eben unvermeidlich", in: Stern 6/1993, S. 158/159.

⁴ Der MIK wird praktisch durch Subventionen und staatliche Kredite am Leben erhalten, näher dazu Nicola A. Mögel/Simone Schwanitz, Staatslobbyismus - eine Form der Interessenvertretung in Rußland: Zu Entscheidungsstrukturen im russischen Rüstungssektor, in: Osteuropa 10/1996, S. 987-1004, hier S. 991.

⁵ Franz Walter, Rußland und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 8/1996, S. 741-757, hier S. 749.

⁶ Yuri Fedorov, Economic Interests and Lobbies in the Formulation of Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Business Forum 5/1995, S. 1-5.

⁷ Vgl. Roland Götz, Was denkt der Chefökonom Lebeds? Die wirtschaftspolitischen Ansichten des Sergej Glasjew, in: Aktuelle Analysen des BIOst 62/1996.

⁸ Die realen Rüstungsausgaben Rußlands schätzt das Londoner International Institute of Strategic Studies in seinen Jahresberichten auf bis zu 100 Mrd. \$, vgl. The Military Balance 1994, S. 281-285 und 1995-1996, S. 109-113. Siehe zu diesem Thema näher Roland Götz, Optionen der russischen Sicherheitspolitik und ihr Preis, in: Aussenpolitik 3/1996, S. 255-263.

stungsquote können sich nicht einmal die prosperierendsten Volkswirtschaften des Westens leisten, wo die entsprechenden Anteile 2-5% betragen.⁹ Rußland schmälert mit dem Versuch einer atomaren Aufrüstung seine ohnehin bescheidenen Wachstumsaussichten noch weiter:

Die Regierung Tschernomyrdin strebt für die Jahre 1997 bis 2000 ein jährliches Wirtschaftswachstum in Höhe von durchschnittlich 5% an (nachdem man für 1996 einen gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgang von 5% konstatiert). Die jährliche Inflationsrate soll auf 5-8% reduziert (1996 werden rund 20% erwartet) sowie das Budgetdefizit auf 2% des BIP gesenkt werden (gegenüber rund 4% im Jahre 1996). Der Anteil der Sachanlageinvestitionen am BIP soll auf 28-30% steigen (1996 betrug er rund 25%).¹⁰ Um die Jahrtausendwende werden jährliche ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 10-12 Mrd. \$ (gegenwärtig: 1-2 Mrd. \$) erwartet.

Ein derartiges Wachstumskonzept ist in sich konsistent, denn es berücksichtigt den positiven Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Investitionsquote.¹¹ Kritische Größe ist dabei die mit einer derart hohen Investitionsquote korrespondierende niedrige Quote des Staatskonsums (der die Rüstungsausgaben einschließt). Sie müßte von gegenwärtig um 25% auf etwa 20% sinken, wofür eine Reduzierung der Rüstungsquote notwendig ist. Der erwartete Zustrom von Auslandsinvestitionen erfordert zudem ein spannungsfreies außenpolitisches Verhältnis zum Westen. Daraus folgt, daß das Wachstumskonzept der Regierung Tschernomyrdin mit einem Programm der nuklearen Aufrüstung, wie sie der Atomminister in die Debatte wirft, unverträglich ist.

Allianz mit China als Antwort auf die NOE?

Von den Autoren wird außerdem gefordert, daß Rußland die "freundschaftlichen Beziehungen" zur VR China verstärken und ihnen partnerschaftlichen bzw. Allianzcharakter geben solle. (Außerdem sollten Verbündete im Nahen und Mittleren Osten gefunden werden, wofür sich wohl Länder wie der Irak und der Iran anbieten.) Dies entspricht einer fragwürdigen neo-sowjetischen Doktrin der Außenpolitik (Arbatow).¹² Einen gewissen Sinn ergeben die wirtschaftlichen Begleitumstände einer "strategischen Partnerschaft" mit dem "Reich der Mitte": Dessen großer, aber "rückständiger" innerer Markt ist aufnahmefähig für russische Erzeugnisse, die auf dem sonstigen Weltmarkt wenig Chancen haben; es hat einen wachsenden Rohstoff- und Energiebedarf, der aus eigenen Quellen bald nicht mehr gedeckt werden kann; sein zunehmender Einfuhrbedarf für Getreide könnte (nach entsprechender Reorganisation der russischen Landwirtschaft) durch Lieferungen aus Rußland wenigstens zum Teil befriedigt werden; vor allem aber stellt China einen wichtigen Absatzmarkt für russische Waffen dar.¹³ Bislang hat allerdings China wenig Neigung gezeigt, sich ausdrücklich auf eine strategische Allianz mit Rußland einzulassen.¹⁴ Entsprechend seinem nicht geringen Selbstbewußtsein orientiert es sich lieber an wirtschaftlichen Großmächten wie den USA, Japan bzw. der EU als an einem "Verlierer" im Systemwettbewerb wie Rußland. Dies könnte sich aber im Zusammenhang

⁹ Nach Ansicht russischer Militärexperten solle Rußland nicht mehr als 5% seines BIP für Rüstungsausgaben aufwenden, vgl. V.V. Andreevskij/V.N. Tkačev, K voprosu opredelenija čislennosti Vooružennych Sil Rossii (Zur Frage der Bestimmung der Zahl der Streitkräfte Rußlands), in: Voennaja mys' 2/1995. S. 25-30.

¹⁰ Andrej Bagrov/Il'ja Bulavinov, Prem'er podnjaj perčatku, brošennuju sekretarem (Der Premierminister hob den Handschuh auf, den der Sekretär hingeworfen hatte), in: Kommersant daily, 9.10.1996, S. 3.

¹¹ Vgl. Roland Götz, Mittelfristige Perspektiven des russischen Wirtschaftswachstums, in: Aktuelle Analysen des BIOst 12/1966.

¹² Götz, Optionen, a.a.O., S. 257.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071

mit einer mehr aggressiven Außenpolitik Chinas (gegebenenfalls bedingt durch innere Spannungen) ändern: Rußland würde dann als sein erstrangiger Verbündeter und Waffenlieferant auftreten. Ob dies Rußlands langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung dienlich wäre, darf bezweifelt werden. Für den Westen aber wäre diese Vision sicher wenig erfreulich.

Die Divergenz der Standpunkte zur NOE

Aus Perspektive des Westens wird durch die NOE "Sicherheit exportiert" und gleichsam ein "Sicherheitsvakuum" im Osten Europas geschlossen, woran auch Rußland Interesse haben müßte. Dabei gehe durch den Beitritt neuer Mitglieder zum Defensivbündnis der NATO keine Bedrohung für Rußland aus. Daß Rußland von der NATO "unter den gegenwärtigen Verhältnissen" keine militärische Gefahr droht, wird außerhalb extremer Kreise auch in Rußland anerkannt. Man konzidiert dort den Staaten, die für die NOE in Frage kommen, sogar legitime Sicherheitsinteressen. Vereinzelt interpretiert man die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder im Osten (mit Ausnahme der baltischen Staaten) sogar als "Schritt zur Schaffung eines Weltsystems der kollektiven Sicherheit". Die NOE könne ohne weiteres akzeptiert werden, wenn die neuen Mitglieder nur in das politische System der NATO integriert würden; ihr Eintritt in das militärische System erfordere allerdings die Etablierung einer militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland bzw. zwischen den USA und Rußland.¹⁵ Dennoch wird nicht nur von russischen Politikern, sondern auch von konziliant argumentierenden russischen Fachautoren stereotyp hervorgehoben, daß die NOE Rußlands Interessen verletze. Was ist darunter zu verstehen?

Außerhalb einer rein militärischen Bedrohung befürchtet man in der "politischen" Klasse Rußlands von der NOE eine Schwächung des russischen Einflusses in der GUS, insbesondere in Belarus und der Ukraine. Außerdem hält man in der GUS die Stärkung desintegrativer und in Rußland separatistischer Tendenzen für möglich. Diese Argumente stehen auf recht schwachen Beinen: Rußlands Einfluß in der GUS wird vor allem von den einer stärkeren Integration entgegengerichteten Interessen der GUS-Mitglieder begrenzt. Dafür, daß viele Beschlüsse der GUS-Gremien nur auf dem Papier stehen, bedurfte es der NOE nicht. Ebenso gibt es keine Hinweise darauf, daß separatistische Tendenzen in Rußland (vor allem die Vorgänge in Tschetschenien oder die Souveränitätsbestrebungen einiger russischer Republiken) etwas mit dem Vordringen westlicher Einflüsse zu tun haben bzw. in Zukunft zu tun haben werden. Wenn überhaupt ausländische Einflüsse hierbei eine Rolle spielen, so höchstens islamische Ideen (Tschetschenien, Tatarstan).

Die Gründe für die in der russischen "politischen Klasse" (und sie, nicht die desinteressierte Bevölkerung trifft die außenpolitischen Entscheidungen) fast unisono anzutreffende Ablehnung der NOE sind vor allem auf psychologischer Ebene zu suchen, wie Trenin betont.¹⁶ Durch die NOE, die bis auf weiteres vor Rußland Halt macht, wird das angesehenste Bündnis der westlichen Welt nicht nur als eine den Zu-

¹³ Näher dazu auch Gudrun Wacker, China und Rußland: Auf dem Weg zur "strategischen Partnerschaft"?, in: Berichte des BIOst 41/1966, insbes. S. 13 ff. Dort heißt es: "Russische Waffenlieferungen an China werden von beiden Seiten als vorteilhaft betrachtet: Auf russischer Seite können dadurch Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie erhalten und dringend benötigte Devisen erwirtschaftet werden ... Auf der anderen Seite kann China, das seit Mitte der 80er Jahre dabei ist, seine Streitkräfte - insbesondere die Luft- und Seestreitkräfte - zu modernisieren, nicht mit der Lieferung moderner Militärtechnologie aus westlichen Industrienationen rechnen. Da Eigenentwicklungen enorme Kosten und Zeit erfordern, kommt China die Möglichkeit, Waffen und Militärtechnologie aus Rußland zu beziehen, durchaus gelegen." (S. 20).

¹⁴ Vgl. Klaus Fritsche, Droht eine russisch-chinesische Allianz gegen den Westen? in: Aktuelle Analysen des BIOst 19/ 1996 sowie ders., Rußlands Hinwendung zu China, in: Außenpolitik 4/1995, S. 376-383.

¹⁵ So selbst Michajlov u.a., a.a.O.

¹⁶ Trenin, a.a.O., S. 17.

sammenbruch der UdSSR überdauernde Einrichtung bestätigt, sondern gleichzeitig sein exklusiver und - in russischen Augen - "antirussischer" Charakter unterstrichen. Der Westen demonstriert auf eine für Rußland schmerzliche Weise, daß er es nicht zu seinesgleichen zählt, obwohl sich das Land doch Demokratie und Marktwirtschaft ebenso verschrieben hat wie die neuen Beitrittskandidaten. Rußland sieht sich vom Entscheidungsprozeß im wirksamsten Sicherheitssystem der westlichen Welt ausgeschlossen und in eine militärpolitische Isolation getrieben.¹⁷

Nach Lage der Dinge kommen die beiden einfachsten Lösungen dieses auch im Westen zunehmend erkannten Dilemmas nicht in Frage. Weder kann der Zug zur NOE noch aufgehalten oder wenigstens gebremst werden (es sind bereits schon zu viele Erwartungen geweckt worden), noch kann Rußland in absehbarer Zeit als NATO-Mitglied akzeptiert werden (und zwar nicht, weil Rußland "zu groß ist", sondern weil man der inneren Stabilität des Landes mißtraut). So hofft man im Westen, daß Rußland die NOE schließlich doch hinnimmt bzw. sich die Verstimmung in Grenzen hält. Damit hängt die weitere Entwicklung davon ab, ob sich in der russischen Politik mäßigende und westorientierte Kräfte (etwa die gegenwärtige Linie der Regierung Tschernomyrdin) oder die Interessenvertreter der Rüstungsindustrie durchsetzen, für die der Atomminister Michajlow ein typisches Beispiel liefert.

Roland Götz

¹⁷ Konovalov u.a., a.a.O., S. 1; siehe auch Sergej Rogov, Evrazijskij proekt Rossii: Novye izmerenija russkoj idei (Das eurasische Projekt Rußlands: Neue Dimensionen der russischen Idee), in: Nezavisimaja gazeta, 29.8.1996, Beilage, S. 6/7.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071